

## Schriftliche Anfrage betreffend Überbrückungsfinanzierung für das Tox Info Suisse

25.5407.01

Der Giftnotruf Tox Info Suisse ist eine wichtige Notrufnummer für die Bevölkerung der ganzen Schweiz. Insbesondere Eltern, aber auch Betreuungspersonen, medizinische Fachpersonen und Rettungsfachleute nutzen die kostenlose Dienstleistung, die rund um die Uhr zur Verfügung steht.

Leider ist die Stiftung Tox Info Suisse schon seit vielen Jahren massiv unterfinanziert und die Situation hat sich so zugespitzt, dass sogar eine Weiterführung 2026 in Frage gestellt ist. Tox Info Suisse forderte deshalb vom Bund eine Soforthilfe von 1,1 Millionen Franken, um den Betrieb für 2026 zu sichern. Dass ein Notruf, der dem Service Public zugerechnet wird, vom Bund dermassen unterfinanziert wird und deshalb auf private Spenden angewiesen ist, wird von der Bevölkerung zu Recht nicht verstanden. Am 10. September 2025 wurde denn auch die Petition «Retten Sie Tox Info Suisse» mit weit über 100'000 Unterschriften an Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider übergeben. Die Petition fordert, dass die nachhaltige Finanzierung des schweizerischen Giftnotrufs durch die notwendigen Bundesbeiträge gesichert werden soll, bevor es zu spät ist.

Der Bund hat am 3. September 2025 verlauten lassen, dass der schweizerische Giftnotruf nicht eingehen darf, und er sich um die langfristige Finanzierung kümmert. Aufgrund der Sparmassnahmen kann er jedoch keine zusätzlichen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen. Dafür müssen andere aufkommen. In einer Medienmitteilung vom 1. Juli 2025 verwies das BAG darauf, dass die öffentliche Hand bereits 65% der Einnahmen von Tox Info (2,3 Millionen Franken) beisteuert. Es verschwieg jedoch, dass der Bund lediglich rund 10% der Einnahmen beisteuert und somit der Löwenanteil der Finanzierung durch die Kantone geleistet wird.

Es braucht eine nachhaltige Finanzierung für das Tox Info und der Bund sollte hierfür Hand bieten und seinen Finanzierungsanteil erhöhen. Doch bis dies geschieht braucht es kurzfristige Überbrückungsmassnahmen. Für die Lancierung und Umsetzung solcher Massnahmen könnte der finanzstarke Kanton Basel-Stadt, der zudem Standort zahlreicher Pharma-, Life Sciences- und Biotechnologiefirmen mit hoher Wertschöpfung ist, ein wichtiger Akteur sein.

Vor diesem Hintergrund erlaube ich mir, den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen zu bitten:

1. Wie schätzt der Regierungsrat die Wichtigkeit des Giftnotrufs ein? Ist er auch der Ansicht, dass Tox Info Suisse Aufgaben übernimmt, die dem Service Public anzurechnen sind?
2. Wie hoch ist die Summe, die der Kanton Basel-Stadt aktuell zur Finanzierung des Tox Info Suisse bezahlt?
3. Ist der Regierungsrat bereit, in Absprache mit anderen finanzstarken Kantonen und mit den in Basel ansässigen Pharmaunternehmen für eine kurzfristige Überbrückungsfinanzierung für das Tox Info zu sorgen?
4. Welche weiteren Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, um das Tox Info vorübergehend, bis eine nachhaltige Finanzierung aufgegleist wurde, stärker zu unterstützen?

Heidi Mück